a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)

Name Stadt Sangerhausen
Straße Markt 7a
PLZ, Ort 06526 Sangerhausen
Telefon +49 3464565366 Fax +49 3464565270
E-Mail zentrale.vergabestelle@stadt.sangerhausen.de Internet http://www.sangerhausen.de/

b) Vergabeverfahren **Öffentliche Ausschreibung, VOB/A**

Vergabenummer 90.1/2026/RVStraßenunterhaltung/VOB-öA

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen

Zugelassene Angebotsabgabe:

☒ elektronisch

in Textform
Bekanntmachungs-ID: CXS0YMBDY5ACH08V

☐ schriftlich

d) Art des Auftrags

☒ Ausführung von Bauleistungen

☐ Planung u. Ausführung von Bauleistungen

☐ Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)

e) Ort der Ausführung

06526 Sangerhausen

f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt nach Losen

Art der Leistung: Bauliche Unterhaltung und Instandsetzung öffentlicher Verkehrswege im Stadtgebiet Sangerhausen und Ortsteile

Umfang der Leistung: Reparaturen und Instandhaltung von Wegen und Plätzen im Zeitvertrag:
- Erdarbeiten
- Entwässerungskanalarbeiten
- Verkehrswegebauarbeiten (Pflaster und Asphaltarbeiten)

g) Angabe über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden

Zweck der baulichen Anlage

Zweck des Auftrags

h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang der Lose siehe Buchstabe f)

☒ nein

☐ ja, Angebote sind möglich
- ☐ nur für ein Los
- ☐ für ein oder mehrere Lose
- ☐ nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

☐ Beschränkung der Zahl der Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhalten kann

Höchstzahl: siehe Bekanntmachung bzw. Aufforderung zur Interessensbestätigung

Bedingungen zur Ermittlung derjenigen Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhält, falls sein Angebot in mehr Losen das wirtschaftlichste ist als der angegebenen Höchstzahl an Losen

i) Ausführungsfristen

☒ Beginn der Ausführung: 01.03.2027

☒ Fertigstellung oder Dauer der Leistungen: 31.12.2028

☐ weitere Fristen

j) Nebenangebote

☐ zugelassen

☐ nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen

☒ nicht zugelassen

k) mehrere Hauptangebote

☐ zugelassen

☒ nicht zugelassen

l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen

Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.

Online-Plattform "DTVP" (https://satellite.dtvp.de/Satellite/notice/CXS0YMBDY5ACH08V/documents)

Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen:

☐ Abgabe Verschwiegenheitserklärung

☐ andere Maßnahme:

Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist.

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden

☐ nachgefordert

☒ teilweise nachgefordert und zwar folgende Unterlagen:

Entsprechend den Regelungen des § 16 a VOB/A. Die Nachreichung hat innerhalb von sechs Kalendertagen zu erfolgen.

☐ nicht nachgefordert

Auskunftserteilung über Vergabeunterlagen und Anschreiben bis 10.12.2026

o) Ablauf der Angebotsfrist **am** 10.12.2026 **um** 09:30 **Uhr**

Ablauf der Bindefrist: **am** 24.02.2027

p) Adresse für elektronische Angebote

"DTVP" (https://satellite.dtvp.de/Satellite/notice/CXS0YMBDY5ACH08V)

Anschrift für schriftliche Angebote

q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen: Deutsch;

r) Zuschlagskriterien Niedrigster Preis

s) Eröffnungstermin am 10.12.2026 um 09:30 Uhr
Ort

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Gem. § 14 (1) S. 1 VOB/A wird die Öffnung der Angebote von mindestens zwei Vertretern des Auftraggebers durchgeführt. Bieter und ihre Bevollmächtigten sind nicht zur Öffnung der Angebote zugelassen.

t) geforderte Sicherheiten Gem. § 11 VOB/B wird die Vertragsstrafe für den Fall vereinbart, dass der Auftragnehmer nicht in der vorgesehen Frist erfüllt; sie wird fällig, wenn der Auftragnehmer in Verzug gerät.

Die Vertragsstrafe wird nach Werktagen, in Höhe von 0,1 % der Auftragssumme ohne Umsatzsteuer je Werktag, bemessen.

u) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind Gem. § 16 VOB/B und der Vertragsbedingungen bzw. -unterlagen

v) Rechtsform der / Anforderung an Bietergemeinschaften Analog § 6 (3) Nr. 2 S. 2 EU VOB/A ist nach Zuschlagserteilung eine gesamtschuldnerisch haftende Rechtsform anzunehmen.

w) Beurteilung zur Eignung

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" ist erhältlich
Online auf "DTVP" (https://satellite.dtvp.de/Satellite/notice/CXS0YMBDY5ACH08V/documents)
oder
Vergabestelle, siehe a)

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A zu machen:

Mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 AK2 (mittels Dritterklärung vorzulegen): Nachweis aktuelle Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 AK2

Sonstige Unterlagen

- Hinweis: Leistungsverzeichnis in pdf-Format (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Das Leistungsverzeichnis (Kurz- oder Langfassung) ist zwingend in pdf.-Format einzureichen. Die ausschließliche Übersendung einer GEAB-Datei ist nicht ausreichend und führt zum Ausschluss des Angebotes.

  Zur Vereinfachung der Angebotsauswertung wird jedoch, nebst dem Leistungsverzeichnis in pdf-Format, um die zusätzliche Übersendung der inhaltlich gleichlautenden GEAB-Datei im Format .d84 oder .x84 gebeten.

Auf Anforderung der Vergabestelle vorzulegende Unterlagen

Persönliche Lage der Wirtschaftsteilnehmer

- Nachweis zur Registereintragung (VOB) (mittels Dritterklärung vorzulegen): Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer (auch von Nachunternehmen).

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- Nachweis einer Haftpflichtversicherung (mittels Dritterklärung vorzulegen): Gültige Versicherungspolice entsprechend der Bedingungen zur Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit.
- Nachweis zur Mitgliedschaft Berufsgenossenschaft (VOB) (mittels Dritterklärung vorzulegen): QUALIFIZIERTE Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für den AN zuständigen Versicherungsträgers mit Angaben der Lohnsummen (auch von Nachunternehmen).

  Insofern aus der Bescheinigung kein Gültigkeitszeitraum hervor geht, darf zum Zeitpunkt der Angebotsöffnung oder zum Zeitpunkt der Anforderung, die entsprechende Bescheinigung NICHT ÄLTER ALS EIN JAHR sein.

  Sofern bei dem eingereichten Dokument zweifelsfrei festzustellen ist, dass keine Änderungen oder Verfälschungen vorgenommen wurden, entfällt die Forderung zur Vorlage der Bescheinigung im Original.
- Nachweis zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung (VOB) (mittels Dritterklärung vorzulegen): Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen sowie Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG (auch von Nachunternehmen).

  Insofern aus den Bescheinigungen kein Gültigkeitszeitraum hervor geht, darf zum Zeitpunkt der Anforderung, die entsprechende Bescheinigung NICHT ÄLTER ALS EIN JAHR sein.

  Sofern bei dem eingereichten Dokument zweifelsfrei festzustellen ist, dass keine Änderungen oder Verfälschungen vorgenommen wurden, entfällt die Forderung zur Vorlage der Bescheinigung im Original.

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- Nachweis zu Arbeitskräften / Leitung (VOB) (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal (auch von Nachunternehmen).
- Nachweise über Leistungen, die mit der zu vergebenen Leistung vergleichbar sind (VOB) (mittels Dritterklärung vorzulegen): Drei bestätigte Referenznachweise vergleichbarer Leistungen der letzten fünf Jahre mit den nach FB 124 - Eigenerklärung zur Eignung - aufgeführten Mindestangaben - hilfsweise das beigefügte aber auszufüllende FB 444

- Referenzbescheinigung (auch von Nachunternehmen entsprechend übertragener Teilleistungen).

  Insb. die Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung muss aus dem Dokument hervorgehen. Die Einreichung einer Referenzliste ohne die Bestätigung erfüllt nicht die Mindestanforderung an eine Referenzbescheinigung und kann daher im Rahmen der Eignungsprüfung nicht berücksichtigt werden.

Sonstige Unterlagen

- (elektronische) Urkalkulation (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Die Urkalkulation ist elektronisch in einer vor der Einsichtnahme Dritter geschützten Form (z. B. Passwort) oder in einem gesonderten verschlossenen Umschlag vor Auftragsvergabe (Zuschlag) einzureichen.

  Die Urkalkulation kann bei einem Nachtrag oder bei sonstigen zusätzlichen Vergütungsforderungen im Rahmen eines abgeschlossenen Vertrags zur Prüfung der Grundlagen der Preise eingesehen werden.

  Bei einer elektronischen Übermittlung der Urkalkulation (z. B. als GEAB), ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Zugangsdaten oder Freischaltungsmöglichkeiten der Datei zur Einsichtnahme, auf Anforderung der Vergabestelle, einzureichen bzw. zum Öffnungstermin der Urkalkulation bereitzustellen.

  Die papierhafte Übersendung der Urkalkulation hat in einem verschlossenen Umschlag mit der Aufschrift "Urkalkulation" sowie der Vergabenummer zu erfolgen.
- Nachweis ordnungsgemäße Kalkulation (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Gemäß § 15 (2) TVergG LSA hat der öffentliche Auftraggeber die Kalkulation des Angebotes zu prüfen, wenn ein Angebot, auf das der Zuschlag erteilt werden soll, um mindestens 10 % vom nächsthöheren Angebot abweicht.

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zur persönlichen Lage zu überprüfen	Erklärung über die Eintragung in das (Berufs-)Register (vorab über "Eigenerklärung zur Eignung") (auch von Nachunternehmen).
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit zu überprüfen	Erklärung, dass das Unternehmen bereits drei Jahre besteht sowie über den Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen (über "Eigenerklärung zur Eignung") (auch von Nachunternehmen). Erklärung, dass keine Beantragung oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren vorliegt sowie, dass der Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und dass sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet (über "Eigenerklärung zur Eignung") (auch von Nachunternehmen). Erklärung, dass für das Unternehmen keine Ausschlussgründe gem. §§ 6e EU VOB/A vorliegen (siehe sonstige Bedingungen) sowie, dass das Unternehmen in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.000 EUR belegt worden ist (über "Eigenerklärung zur Eignung") (auch von Nachunternehmen).

	Erklärung, dass das Unternehmen die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur (gesetzlichen) Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt hat (vorab über "Eigenerklärung zur Eignung") (auch von Nachunternehmen). Erklärung, dass das Unternehmen Mitglied in der Berufsgenossenschaft ist (vorab über "Eigenerklärung zur Eignung") (auch von Nachunternehmen). Gültige Versicherungspolice (Deckungssumme für Personenschäden in Höhe von mindestens 3.000.000 EUR im Einzelfall; Deckungssumme für Sach- und Sonstige Schäden in Höhe von mindestens 3.000.000 EUR im Einzelfall). Insofern eine bestehende Haftpflichtversicherung im geforderten Umfang nicht oder noch nicht besteht, kann diese durch die Vorlage einer Absichtserklärung (abgestellt auf die Bedingungen der Anforderung der Haftpflichtversicherung) (z. B. Versicherungsangebot) eines (1) Versicherungsinstitutes über die Versicherungsabsicht im Falle der Zuschlagserteilung für die Dauer des Auftrages, in geforderter Höhe erfolgen. Die abgeschlossene Versicherungspolice ist vom zum Zuschlag vorgesehenen Bieter vor Auftragserteilung, auf Anforderung der Vergabestelle, innerhalb von 5 Werktagen vorzulegen.
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit zu überprüfen	Erklärung, dass in den letzten fünf Jahren vergleichbare Leistungen ausgeführt wurden (vorab über "Eigenerklärung zur Eignung") (auch von Nachunternehmen entsprechend übertragener Teilleistungen). Erklärung, dass für die Ausführung der Leistung erforderliche Beschäftigte zur Verfügung stehen (vorab über "Eigenerklärung zur Eignung") (auch von Nachunternehmen).
Sonstige Bedingungen	Ausschlussgründe: Grund: Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren Beschreibung: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Grund: Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung Beschreibung: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB. Grund: Bildung krimineller Vereinigungen Beschreibung: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB. Grund: Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen Beschreibung: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB. Grund: Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen Beschreibung: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Grund: Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung
Beschreibung: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Grund: Betrug oder Subventionsbetrug
Beschreibung: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Grund: Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung
Beschreibung: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Grund: Zahlungsunfähigkeit
Beschreibung: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Grund: Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen
Beschreibung: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Grund: Insolvenz
Beschreibung: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Grund: Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens
Beschreibung: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Grund: Interessenkonflikt
Beschreibung: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Grund: Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung
Beschreibung: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Grund: Schwere Verfehlung
Beschreibung: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Grund: Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags
Beschreibung: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Grund: Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen
Beschreibung: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Grund: Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen

Beschreibung: Erklärung, dass die Verpflichtung zur Zahlung der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde und insofern nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen.

Grund: Einstellung der beruflichen Tätigkeit
Beschreibung: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Grund: Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben
Beschreibung: Erklärung, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt wurde und insofern nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen.

Grund: Bildung terroristischer Vereinigungen
Beschreibung: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Grund: Rein nationale Ausschlussgründe
Beschreibung: Erklärung, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 98c Aufenthaltsgesetz, § 19 Mindestlohngesetz, § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz vorliegen (§ 124 (2) GWB). Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

x) Nachprüfung behaupteter Verstöße

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Name	Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt		
Straße	Ernst-Kamieth-Str. 2		
PLZ, Ort	06112 Halle (Saale)		
Telefon	+49 3455141536	Fax	
E-Mail	vergabekammer@lvwa.sachsen-anhalt.de	Internet	https://lvwa.sachsen-anhalt.de

Sonstige Informationen für Bieter/Bewerber

Es gilt deutsches Recht.

Bevor Sie die Vergabeunterlagen bearbeiten, empfehlen wir Ihnen, sich als Unternehmen auf dem Vergabeportal "Deutsches Vergabeportal" (DTVP) kostenfrei zu registrieren bzw. sich mit der bereits bestehenden Kennung anzumelden. Wählen Sie dann im Verfahren den Button "Jetzt teilnehmen". Nur so ist gewährleistet, dass Sie evtl. ergänzende Informationen zum laufenden Verfahren über Bieterfragen / -antworten oder Änderungen der Vergabeunterlagen per E-Mail erhalten, die bei der Angebotserstellung noch zu berücksichtigen wären. Unterlassen Sie die Registrierung und Teilnahmeaktivierung, so liegt das daraus ergebene Risiko unvollständiger und veralteter Unterlagen bzw. verspäteter Informationen bei Ihnen.

Auskünfte und Informationen zum laufenden Verfahren werden stets an die E-Mail-Adresse versandt, die Sie bei der Registrierung im Vergabeportal hinterlegt haben. Wir empfehlen Ihnen daher eine Registrierung mit einer zentralen E-Mail-Adresse bzw. Vertretungsberechtigung einzurichten. Änderungen oder Informationen, die im Angebot nicht berücksichtigt wurden, können zum Ausschluss des Angebotes führen.

Bei Fragen zur Bedienung des Vergabeportals wenden Sie sich bitte an das Deutsche Vergabeportal (DTVP).

Die Integrität der Daten und die Vertraulichkeit der Angebote ist bei der elektronischen Angebotsabgabe durch technische Vorrichtungen und durch Verschlüsselung sichergestellt. Die elektronischen Angebote werden dabei verschlüsselt gespeichert, mit einem elektronischen Eingangstempel versehen und können technisch von niemanden bis zum Ablauf der Angebotsfrist eingesehen werden.

Die Vergabeunterlagen einschließlich sämtlicher Anlagen dienen ausschließlich der Erstellung eines Angebotes für den öffentlichen Auftraggeber. Die Verwendung für andere Zwecke bedarf der Zustimmung. Sofern die Vergabeunterlagen nicht frei im Internet verfügbar sind, ist der Inhalt der Vergabeunterlagen vertraulich zu behandeln. Der Bieter hat aber auf jeden Fall - auch nach Beendigung der Angebotsphase - über die ihm während des Vergabeverfahrens bekanntgewordenen dienstlichen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Er hat hierzu auch die mit der Erstellung des Angebotes beschäftigten Mitarbeiter sowie einbezogenen Nachunternehmer und Lieferanten zu verpflichten.

Zur rechtssicheren Erfüllung der Textform bei der Abgabe eines elektronischen Angebotes, ist für eine wirksame Erklärung, bei juristischen Personen oder Handelsgesellschaften, die Angabe des Firmennamens und der Rechtsform bzw. der Name der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, erforderlich.

Ihre personenbezogenen Daten werden auf Grundlage des Art. 6 (1) Satz 1 Buchst. b, 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 vom 27. April 2016 in der Stadt Sangerhausen im Bereich Vergabe von öffentlichen Aufträgen verarbeitet. Für weitere Aufklärung steht Ihnen das entsprechende Informationsschreiben in den Vergabeunterlagen zur Verfügung.

- Einbeziehung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Bieters -

(1) Für das Angebot und die Ausführung des Auftrags gelten ausschließlich die Bestimmungen dieser Vergabeunterlagen sowie die darin einbezogenen vertraglichen Grundlagen des Auftraggebers.

(2) Die Geltung etwaiger Allgemeiner Geschäftsbedingungen, Liefer-, Vertrags- oder Zahlungsbedingungen des Bieters wird ausdrücklich ausgeschlossen. Dies gilt auch dann, wenn der Bieter seinem Angebot eigene Bedingungen beifügt, in Erklärungen darauf verweist, diese auf Angebotsschreiben oder im Briefkopf abgedruckt sind oder der Auftraggeber dem Eingang solcher Bedingungen nicht nochmals explizit widerspricht.

(3) Dem Angebot beigefügte oder darin in Bezug genommene Bedingungen des Bieters entfalten im Zuschlagsfall keine rechtliche Wirkung und werden nicht Vertragsbestandteil.